



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Ferdinand Mang, Martin Böhm, Katrin Ebner-Steiner, Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Uli Henkel** und **Fraktion (AfD)**

Haushaltsplan 2022;

**hier: Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamten und Richter
(Kap. 02 01 Tit. 422 01)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2022 wird folgende Änderung vorgenommen:

In Kap. 02 01 werden im Tit. 422 01 (Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamten und Richter) die 110 seit 2018 aufgebauten Stellen für planmäßige Beamte reduziert.

Die Stelleninhaber werden auf Leerstellen in anderen Epl. verteilt.

Die eingesparten Mittel werden in Kap. 13 06 TG 51-64 und Kap. 13 60 TG 51-52 zur Verringerung der Schuldenaufnahme bzw. Erhöhung der Tilgung am Kreditmarkt verwendet.

Begründung:

Waren 2018 noch 250 Beamtenstellen in der Staatskanzlei zu besetzen, wurden es 2020 bereits 320. Der Anstieg des Beamtenapparates um 33 Prozent ist ein Zeichen ineffizienter Verwaltung und muss nicht noch fortgeführt werden. Mit den für 2022 angedachten Stellen wären es bereits ca. 44 Prozent über dem Niveau von 2018, was eine unzumutbare Belastung der Bürger darstellt.